

9. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 23. Juni 1954

209/J

A n f r a g e

der Abg. Rosa R ü c k, Marie E m h a r t, S t r a s s e r,
C z e t t e l, E n g e und Genossen
an den Bundesminister für soziale Verwaltung,
betreffend Auswirkungen des Jugendeinstellungsgesetzes.

-.---.--

Seit dem Beschluß des Jugendeinstellungsgesetzes ist nunmehr ein Jahr vergangen. Im heurigen Jahr werden noch mehr Schulabgänger als im Vorjahr die Schulen verlassen und in das Berufsleben hinaustreten. Es wäre für den Gesetzgeber wichtig, zu wissen, ob das Gesetz seinen Zweck erfüllt hat, ob es damit gelang, einen wesentlichen Teil der arbeitslosen Jugendlichen einem Beruf zuzuführen, um eventuell weitere Maßnahmen zu beraten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung die nachstehende

A n f r a g e n

Ist der Herr Bundesminister bereit, den unterzeichneten Abgeordneten die Auswirkungen des Jugendeinstellungsgesetzes bekanntzugeben, d.h. mitzuteilen,

- 1.) Um wieviele Jugendliche mehr seit dem Inkrafttreten des Jugendeinstellungsgesetzes an eine Arbeitsstelle vermittelt wurden als in der Zeit vorher;
- 2.) wieviele Einstellungsverpflichtete statt Einstellung eines Jugendlichen die Ausgleichstaxe bezahlten?

-.---.--